

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einleitung	1
§ 1: <i>Darstellung der Thematik</i>	1
§ 2: <i>Methodische Vorgehensweise</i>	8
A. Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes.....	8
B. Gang der Untersuchung	10
2. Teil: Haftung des herrschenden Unternehmens-Gesellschafters gegenüber "seiner" GmbH	13
§ 1: <i>Analyse der unmittelbar anwendbaren gesellschaftsrechtlichen Anspruchsgrundlagen</i>	13
A. Die Kapitalerhaltungsvorschriften der §§ 30, 31 GmbHG	13
I. Analyse des haftungsauslösenden Tatbestands des § 31 Abs. 1 GmbHG	13
1. Auszahlung gem. § 30 Abs. 1 GmbHG.....	13
a) Typische Konzernleitungsmaßnahmen, die unter das Tatbestands- merkmal der Auszahlung fallen	14
b) Typische Konzernleitungsmaßnahmen, die nicht unter das Tatbestandsmerkmal der Auszahlung fallen	18
2. "Verbotene" Auszahlung i.S.d. § 30 Abs. 1 GmbHG.....	23
a) Umfang der gesetzlichen Vermögensbindung.....	24
b) Überlegungen zur teleologischen Erweiterung des Anwendungs- bereichs der Kapitalschutzregeln	26
aa) Ausdehnung des Auszahlungsverbotes auf "existenzgefährdende Leistungen" oberhalb der Stammkapitalgrenze	27

bb) Analoge Anwendung des § 31 Abs. 1 GmbHG auf verdeckte Gewinnausschüttungen	28
3. Gesellschafter als Adressat des Auszahlungsverbots	29
4. Notwendigkeit einer gegenstandsbezogenen Rückabwicklung gem. § 31 Abs. 1 GmbHG	31
II. Ergebnis der Tatbestandsanalyse	32
III. Behebbarkeit der Nachweisschwierigkeiten mit Hilfe des Zivilprozessrechts?	33
B. Die Vorbelastungshaftung der Gründergesellschaften	37
I. Inhalt der Vorbelastungshaftung	37
II. Eignung der Vorbelastungshaftung zum Schutz der abhängigen GmbH vor Schädigungen durch ihren Unternehmens-Gesellschafter	38
C. Die Organhaftung	39
I. Darstellung der Begründungsansätze für eine Organhaftung	40
1. Die Organhaftung als Ausdruck eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes	40
2. Die Organhaftung als Analogieschluss zu § 43 GmbHG	41
3. Die Organhaftung als Sanktion für die Verletzung mitgliedschaftlicher Sorgfaltspflichten	42
II. Kritik an der Organhaftung	43
D. Die gesellschaftliche Treuepflicht	47
I. Eignung des Treuepflichtansatzes als Haftungsgrundlage für die qualifiziert beherrschte GmbH	47
II. Dogmatische Grundlage von Treuebindungen in der GmbH	50
III. Inhaltliche Konkretisierung der mitgliedschaftlich begründeten Loyalitäts- und Förderpflichten	53

1. Gesellschaftszweck als Konkretisierungsmaßstab	53
2. Dispositionsbefugnis der Gesellschafter über Gesellschaftszweck.....	54
3. Existenz eines der Dispositionsbefugnis der Gesellschafter entzogenen "Eigeninteresses" der GmbH?	56
a) Anerkennung eines auf das Bestandsinteresse der GmbH begrenzten "Eigeninteresses"	56
b) Anerkennung eines auf die abhängige GmbH beschränkten, bestandssichernden "Eigeninteresses"	59
IV. Zusammenfassende Stellungnahme	62
§ 2: Analyse der auf Einzelausgleich gerichteten, analog anwendbaren Anspruchsgrundlagen der §§ 311, 317 AktG	63
A. Grundlagen des Regelungsmodells der §§ 311 ff. AktG	63
B. Prüfung der Analogievoraussetzungen.....	66
I. Fehlen einer unmittelbar anwendbaren Regelung.....	67
II. Feststellung der Rechtsähnlichkeit zwischen den Tatbeständen der §§ 311, 317 AktG und den Verhältnissen in der qualifiziert beherrschten GmbH.....	67
1. Bestimmung des Vergleichsmaßstabs: Normzweck der §§ 311, 317 AktG	67
a) Historische Interpretation	67
b) Systematische Interpretation	70
2. Vergleichbarkeit der haftungsauslösenden Tatbestandsmerkmale der §§ 311, 317 AktG mit der Situation in der intensiv beherrschten GmbH	71
a) Unternehmenseigenschaft der beteiligten Parteien.....	71
aa) Der teleologische Unternehmensbegriff.....	72
bb) Der organisationsrechtliche Unternehmensbegriff.....	74

XII

b) Organisation des abhängigen Unternehmens in der Rechtsform der AG, KGaA.....	74
aa) Vorhandensein der typischen Konzerngefahr in der abhängigen GmbH.....	75
bb) Notwendigkeit des Außenseiterschutzes in der abhängigen GmbH	79
c) Abhängigkeitsverhältnis gem. § 17 Abs. 1 AktG.....	79
d) Nachteilig wirkende Einflussnahme des herrschenden Unternehmens auf die abhängige Gesellschaft	80
aa) Begriffsbestimmung des Nachteils.....	80
bb) Feststellbarkeit einer Eigeninteressenbeeinträchtigung bei der beherrschten GmbH.....	81
aaa) Punktuell wirkende Einzelmaßnahmen mit quantifizierbaren Folgen.....	82
bbb) Global wirkende Einzelmaßnahmen mit nicht quantifizierbaren Folgen	82
ccc) Nicht isolierbare Einzelmaßnahmen	88
3. Reaktionen des Schrifttums auf das "Versagen" des Einzelausgleichs- systems der §§ 311, 317 AktG bei qualifizierter Beherrschung der abhängigen GmbH.....	89
a) Materiell-rechtlich begründete Ersetzung der Rechtsfolge der Schadensersatzpflicht durch eine globale Verlustausgleichspflicht.....	89
b) Beweisrechtlicher Lösungsansatz.....	91
aa) Heranziehung der Regeln zur objektiven Beweislast.....	91
bb) Erleichterungen der Beweisführung und der Substantiierungslast	96
aaa) Die "Schadensschätzung" gem. § 287 ZPO	97
bbb) Der Anscheinsbeweis	99

ccc) Verteilung der Substantiierungslast nach Einsichtsbereichen ...	101
ddd) Zusammenfassende Stellungnahme	104
C. Ergebnis der Analogieprüfung	104
§ 3: <i>Analyse der auf Globalausgleich gerichteten, analog anwendbaren Anspruchsgrundlage des § 302 AktG</i>	105
A. Prüfung der Analogievoraussetzungen.....	106
I. Fehlen einer unmittelbar anwendbaren Regelung	106
II. Feststellung der Rechtsähnlichkeit zwischen dem Tatbestand des § 302 Abs. 1 AktG und den Verhältnissen in der qualifiziert beherrschten GmbH.....	107
I. Bestimmung des Vergleichsmaßstabs: Normzweck des § 302 AktG	107
a) Verlustausgleichspflicht als Kompensation für den Ausfall gesellschaftskapitalschützender Normen	107
aa) Darstellung der differierenden Begründungsansätze	107
bb) Kritik an der Auffassung, Normzweck sei Kompensation eines Kapitalschutzdefizits	109
aaa) Historische Interpretation	110
bbb) Systematische Interpretation	111
b) Verlustausgleichspflicht als gesetzgeberische Reaktion auf die typischen Gefahren qualifizierter Beherrschung	114
c) Verlustausgleichspflicht als gesetzliche Festschreibung des Aufwendungsersatzgedankens bei Fremdgeschäftsführung	118
d) Verlustausgleichspflicht als gesetzgeberische Reaktion auf die typischen Gefahren der Beherrschungsmöglichkeit.....	119
e) Verlustausgleichspflicht als gesetzgeberische Reaktion auf die strukturell bewirkte Unselbständigkeit der abhängigen Gesellschaft.....	120

XIV

f) Ergebnis der Normzweckanalyse	123
2. Vergleichbarkeit der haftungsauslösenden Tatbestandmerkmale der §§ 302 Abs. 1, 291 Abs. 1 AktG mit der Situation in der qualifiziert beherrschten GmbH.....	123
a) Beschränkung der aktienvertragskonzernrechtlichen Regeln auf die vertraglich konzernierte AG, KgaA	124
b) Unternehmenseigenschaft der Beteiligten	127
aa) Wertungswidersprüche zum GmbHG	127
bb) Vorrang einer mitgliedschaftlich begründeten Verhaltenshaftung des Allein-/Mehrheitsgesellschafters der GmbH.....	128
cc) Mehrheitsgesellschafter als Leitungsinstanz eines Gleichordnungskonzerns	129
c) Bestehen eines Konzernverhältnisses i.S.d. § 18 AktG	133
d) Vorhandensein eines Beherrschungs-/Gewinnabführungsvertrages i.S.d. § 291 Abs. 1 AktG.....	134
aa) Formaler Vertragsschluss als Essentiale der Verlustausgleichspflicht gem. § 302 Abs. 1 AktG?	134
bb) Strukturell herbeigeführte wirtschaftliche Unselbständigkeit der beherrschten Gesellschaft als Essentiale der Verlustausgleichspflicht gem. § 302 Abs. 1 AktG	136
aaa) Notwendiger Umfang der Konzernherrschaft im qualifizierten faktischen GmbH-Konzern.....	138
bbb) Geeignete organisatorische Maßnahmen zur strukturellen Absicherung der "Außenherrschaft"	139
aaaa) Verlagerung zentraler Unternehmensführungsbereiche in das herrschende Unternehmen.....	139
bbbb) Personelle Verflechtungen auf der Geschäftsführungsebene.....	142

e) Nachhaltige Beeinträchtigung des Eigeninteresses der beherrschten GmbH als "ungeschriebenes" haftungsauslösendes Merkmal für die Verlustausgleichspflicht analog § 302 Abs. 1 AktG?	145
f) Zusammenfassende Darstellung der einen positiven Ähnlichkeitschluss zu § 302 AktG begründenden Tatbestandsmerkmale des "qualifizierten faktischen GmbH-Konzern"	150
3. Prüfung, ob der analogen Anwendung von § 302 AktG auf den "qualifizierten faktischen GmbH-Konzern" andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen	151
a) Wertungswiderspruch zu Art. 20 Abs. 2 u. 3 GG?	152
aa) Planmäßige "Regelungslücke" im GmbH-Gesetz?	152
bb) Aufhebung der Haftungsbeschränkung als Verstoß gegen die Gesetzesbindung des Art. 20 Abs. 3 GG?	155
b) Wertungswiderspruch zur 12. Gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EG zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts	157
aa) Aufhebung der Haftungsbeschränkung im Einmann-GmbH-Konzern durch die qualifizierte Konzernhaftung?	158
bb) Wertung des Art. 2 Abs. 2 der 12. Gesellschaftsrechtlichen EG-Richtlinie als Spezialregelung für eine konzernrechtlich motivierte Einstandspflicht des Alleingesellschafters im Einmann-GmbH-Konzern?	159
aaa) Vorbehalt eines formellen Gesetzes	160
bbb) Abschließender Katalog mitgliedstaatlicher Ausnahmetatbestände	160
B. Rechtsfolge der analogen Anwendung des § 302 Abs. 1 AktG auf den qualifizierten faktischen GmbH-Konzern	162
I. Umfang der Verlustausgleichspflicht	162
II. Gegenständliche Haftungsbeschränkung auf das Beteiligungsvermögen? ..	163

3. Teil: Haftung des herrschenden Unternehmens-Gesellschafters gegenüber den Gesellschaftsgläubigern.....	167
<i>§ 1: Analyse der unmittelbar anwendbaren Anspruchsgrundlagen.....</i>	<i>167</i>
A. Das Eigenkapitalersatzrecht.....	167
B. Die Insolvenzverschleppungshaftung.....	170
I. Dogmatische Begründung einer deliktischen Schadensersatzhaftung wegen Insolvenzverschleppung	170
II. Adressaten der Insolvenzverschleppungshaftung	172
1. Teilnehmerhaftung des herrschenden Unternehmens-Gesellschafters.....	173
2. Täterhaftung des herrschenden Unternehmens-Gesellschafters	175
III. Effizienz der deliktischen Insolvenzverschleppungshaftung gem. § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 64 Abs. 1 GmbHG	180
1. Schadensersatzrechtliche Differenzierung zwischen "Alt-" und "Neugläubigern"	180
2. Effizienzsteigerung durch Vorverlegung des Zeitpunktes der Insolvenzreife.....	182
a) Der Insolvenzeröffnungsgrund der Überschuldung.....	183
b) Behandlung eigenkapitalersetzender Gesellschafterleistungen im Überschuldungsstatus	186
IV. Zusammenfassende Stellungnahme	187
C. Dritthaftung aus culpa in contrahendo	188
I. Eignung der Haftung aus c.i.c. als Grundlage für einen unmittelbaren Ersatzanspruch der Gesellschaftsgläubiger gegen den herrschenden Unternehmens-Gesellschafter?	188
II. Dogmatische Begründung der Eigenhaftung des GmbH-Geschäftsführers aus c.i.c	190

1. "Wirtschaftliches Eigeninteresse"	190
2. "Inanspruchnahme besonderen Vertrauens"	192
III. Ergebnis	194
D. Die Durchgriffshaftung	194
I. Grundlagen der Durchgriffshaftung	196
1. Konzeption	196
2. Fallgruppen der Durchgriffshaftung	198
a) Vermögensvermischung	198
b) Sphärenvermischung	199
c) Unterkapitalisierung	200
d) Fremdsteuerung	201
e) Institutsmissbrauch	202
II. Versuch einer dogmatischen Legitimation der Durchgriffshaftung	204
1. Die Missbrauchslehren	204
a) Subjektive Missbrauchslehre	204
b) Objektive Missbrauchslehre	206
c) Kritik an den Missbrauchslehren	207
2. Die Normanwendungslehre	209
3. Die "Pseudo-"Normanwendungslehren	210
a) Dogmatischer Begründungsversuch	210
b) Kritische Auseinandersetzung mit den Prämissen der "Pseudo-"Normanwendungslehren	211

XVIII

aa) Normzweck des § 13 Abs. 2 GmbHG als Beschränkung einer grundsätzlich existierenden Gesellschafterhaftung.....	211
bb) Verneinung eines Abhängigkeitsverhältnisses zwischen dem Haftungsausschluss des § 13 Abs. 2 GmbHG und der Beachtung der Kapitalschutzregeln durch die Gesellschafter.....	213
aaa) Wortlautinterpretation	213
bbb) Systematische Interpretation	215
ccc) Historische Interpretation	218
ddd) Ergebnis der Normzweckanalyse	219
4. Etablierung einer Durchgriffshaftung im Wege der Rechtsfindung contra legem?	220
III. Zusammenfassende Stellungnahme	223
E. Die Deliktshaftung.....	224
I. Haftung wegen sittenwidriger Schädigung gem. § 826 BGB.....	224
II. Haftung wegen Verletzung eines Schutzgesetzes gem. § 823 Abs. 2 BGB	227
III. Ergebnis	228
§ 2: Analyse der analog anwendbaren Anspruchsgrundlage des § 303 AktG	229
A. Prüfung der Analogievoraussetzungen.....	229
I. Fehlen von unmittelbar anwendbaren Regelungen	229
II. Feststellung der Rechtsähnlichkeit zwischen dem Tatbestand des 303 Abs. 1 AktG und der Gläubigersituation nach Beendigung des qualifizierten faktischen GmbH-Konzern	230
1. Bestimmung des Vergleichsmaßstabs: Normzweck des § 303 AktG	230

2. Vergleichbarkeit zwischen dem Tatbestand des § 303 Abs. 1 AktG und den Verhältnissen nach Beendigung des qualifizierten faktischen GmbH-Konzerns	231
a) Vorhandensein eines Beherrschungs-/Gewinnabführungsvertrages zwischen zwei Unternehmen	232
b) Beendigung des Unternehmensvertrages	232
c) Begründung der Gläubigerforderung vor Bekanntmachung der Handelsregistereintragung über die Beendigung des Unternehmensvertrages	233
d) Sechsmonatige Meldefrist	235
3. Ergebnis der Ähnlichkeitsprüfung	237
III. Prüfung, ob der analogen Anwendung von § 303 AktG auf die Beendigung des qualifizierten faktischen GmbH-Konzerns andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen	237
1. Wertungswiderspruch zum Insolvenzrecht?	237
2. Wertungswiderspruch zum GmbH-Recht: geringes Gläubigerschutzniveau?	240
IV. Ergebnis der Analogieprüfung.....	243
B. Rechtsfolge der analogen Anwendung des § 303 AktG auf den qualifizierten faktischen GmbH-Konzern	243
I. Umwandlung des Anspruchs auf Sicherheitsleistung gem. § 303 Abs. 1 AktG analog in einen unmittelbaren Zahlungsanspruch	243
1. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der ehemals qualifiziert faktisch konzernierten GmbH.....	245
2. Ablehnung bzw. Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse	246
3. Liquidation/Löschung der ehemals konzernierten GmbH ohne Beantragung eines Insolvenzverfahrens.....	247
II. Umfang des Zahlungsanspruchs gem. § 303 Abs. 1 AktG analog	248

4. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	249
<i>§ 1: Der Schutz der abhängigen GmbH gegenüber ihrem herrschenden Unternehmens-Gesellschafter bei qualifizierter Fremdsteuerung.....</i>	<i>249</i>
A. Versagen der klassischen Haftungsgrundlagen des Gesellschaftsrechts	249
B. Bejahung einer analogen Anwendung der §§ 311, 317 AktG auf den einfachen faktischen GmbH-Konzern.....	250
C. Verneinung einer analogen Anwendung der §§ 311, 317 AktG auf die qualifiziert fremdgesteuerte GmbH	252
D. Analoge Anwendung des § 302 Abs. 1 AktG auf die qualifiziert fremdgesteuerte GmbH	253
<i>§ 2: Der Schutz der Gesellschaftsgläubiger bei qualifizierter Fremdsteuerung der GmbH.....</i>	<i>256</i>
A. Versagen der unmittelbar anwendbaren Haftungsregeln des Zivil- und Gesellschaftsrechts	256
B. Analoge Anwendung des § 303 Abs. 1 AktG auf die Fälle der Beendigung einer qualifizierten Fremdsteuerung bei der GmbH	258
Rechtsprechungsverzeichnis: einschlägige Entscheidungen zur qualifizierten GmbH-Konzernhaftung	261
Literaturverzeichnis.....	265